

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puzer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofensezer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5, 6. Fernsprecher:  
A 7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 652 32.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,  
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

### Profitstreben siegte über wirtschaftliche und soziale Vernunft!

Ergebnisloser Abschluß der Verhandlungen der Spitzenverbände.

Schwer lastet die Wirtschaftskrise auf uns und droht ganze Zweige unseres wirtschaftlichen Lebens stillzulegen. Mutter Sorge haust in Millionen Haushaltungen. Millionen Männer, Frauen und Kinder leiden bitterste Not. Hunderttausende haben keinerlei Einkommen. Zehntausende und aber Zehntausende von Kindern haben im bürgerlichen „Zeitalter des Kindes“ nichts im und nichts auf dem Leib. Mutter Sorge macht zwar schon lange nicht mehr halt vor der Tür des Kleinbürgers, des sogenannten Mittelstandes, aber daß sie nicht auch durch die Türen der Großbourgeoisie kommt, dafür ist von der weltlichen Vorsehung gesorgt.

Das Gespenst der Krise macht leider auch halt vor den Tresoren der Reichsbank, der großen D-Banken und der Bankhäuser; es vermag nicht, trotz niedrigen Diskontsatzes und leidlich viel Geld, die Kapitalien flüssig zu machen. Aber es macht wiederum nicht halt vor dem dreimal geheiligten Geldsack der Unternehmer, in dem sie die Profite zu scheffeln pflegen. Das Gespenst der Wirtschaftskrise geht seit langem auch in den Betrieben um, nagt dort am Betriebskapital, am flüssigen sowie investierten, und beginnt Kapital zu schlucken, ehe es Profite geworden sind. Damit ist das Unternehmertum an seiner einzig verwundbaren Stelle getroffen. Daß diese Krise im Zeitalter kapitalistischer Produktionsverhältnisse Millionen Unschuldige ins Elend hineinzieht, das läßt die Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kalt; aber gefährlicher Profit kann ihr Blut in Wallung bringen.

Würden die Unternehmer, würde besonders die Schwerindustrie, die Großfinanz in Staat und Wirtschaft allein zu sagen haben, dann wäre die Sache für sie fürchtbar einfach. Man diktierte je nach Laune und Bedarf: Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Betriebsstilllegungen, Abbau und Beseitigung von sozialen Einrichtungen. Aber gegen solche Diktatorengeleüste haben die Gewerkschaften Tarifverträge und die Gesetzgebung mit gewerkschaftlicher Hilfe Geseze geschaffen. Also muß man schon — wohl oder übel — mit den Gewerkschaften, den wirtschaftlichen Machtfaktoren der organisierten Arbeiterschaft, Rücksprache nehmen. Man ladet also ein. Dabei versteht man es, sich ein sittliches Mäntelchen umzuhängen. So auch diesmal. Der Ausgangspunkt der von den Gewerkschaften mit den Spitzenverbänden der Unternehmer gepflogenen Verhandlungen bildete der von den Unternehmern vertretene Gedanke, daß es eine sittliche Pflicht der in gesicherter Stellung befindlichen Berufsschichten sei, ihren der Wirtschaftsnote zum Opfer gefallenem Arbeitsgenossen zu helfen. Die Angestellten der Wirtschaft bis hinauf zu den Generaldirektoren sollten für das Etatsjahr 1930 von ihrem nichtversicherungspflichtigen, lohnsteuerpflichtigen Einkommen einen Hilfsbeitrag zur Arbeitslosenversicherung leisten.

Die Gewerkschaften sind demgegenüber der Meinung, daß dies Notopfer keineswegs ausreichend sei, sondern ausgedehnt werden müsse auf alle von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Berufsschichten. Es verstand sich von selbst, daß im Vordergrund der Verhandlungen die Senkung der Selbstkosten der Produkte stehen muß. In keinem Abschnitt der Verhandlungen haben die Vertreter der freien Gewerkschaften die Unternehmer darüber im unklaren gelassen, daß die Selbstkosten der Produkte in weitem Maße o h n e A b b a u d e r L ö h n e gesenkt werden können. Entscheidend ist der ohnehin längst fällige Abbau der übersehten Kartellpreise, besonders in der Eisenindustrie. Auch die Anpassung der Monopolpreise an die gesunkenen

Gestehungskosten und an die veränderten Kaufkraftverhältnisse ist ohne jeden Lohndruck möglich. Unbedingt vermindert werden muß auch die Gewinnspanne im Handel. Neben der Senkung der inländischen Zinssätze ist unbedingt erforderlich eine bessere Organisation der Kreditbeschaffung und Kapitaldeckung, wobei besonders an die Herannahme von Auslandsanleihen und an die Freigabe dieser Möglichkeit für Kommunen gedacht werden muß. Wenn die Verhandlungen überhaupt irgendeinen Erfolg haben sollten, so mußten sich die Unternehmer darüber im klaren sein, daß dies nur erreicht werden könne unter Sicherstellung des bisherigen Lohnes, verbunden mit einer nachfolgenden Erhöhung des Reallohnes.

Nachdem die Unternehmer die Auffassung der Gewerkschaften vernommen hatten, trafen der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu einer gemeinsamen Ausschussitzung zusammen. Von dieser Sitzung zurückgekehrt, machte sich deutlich der Einfluß der Schwerindustrie auf die Verhandlungsführer der Unternehmer geltend, indem nunmehr Lohn- und Gehaltsabbau, Arbeiter- und Beamtenentlassungen in großem Stil als Voraussetzung für einen Preisabbau erklärt wurden. Ja, man ging sogar auf den Dummenfang, indem man den Preisabbau abhängig machen wollte von den Ergebnissen der Politik der unsicheren Kantonisten im Brüning-Kabinett. „Fehler in der Finanzpolitik könnten die Erfüllung des unbestimmten Versprechens auf Senkung der Preise illusorisch machen.“ So glaubten die Unternehmer immer vorsichtiger formulieren zu müssen, und merkten dabei nicht, daß sie schließlich mit ihren Abbaugelüsten und ähnlichen „sittlichen“ Absichten völlig entblößt dastanden. Die unter den Einfluß der Schwerindustrie geratenen Verhandlungsführer wollten schließlich nur noch das Notopfer verwirklicht wissen; aber nicht etwa Notopfer, die die Nicht-in-Not-Befindlichen für die in Not-Lebenden bringen sollten, sondern die Kranken und die Kostleidenden sollten in Form des Abbaues der Löhne und der sozialen Leistungen Notopfer bringen.

Nur der schwere Ernst der Arbeitsmarktlage veranlaßte die Vertreter der freien Gewerkschaften, nicht ohne weiteres die weiteren Verhandlungen abzubrechen. In einer Entschlieung faßten sie noch einmal die von ihnen vertretenen, im klaren Gegensatz zu den Anschauungen der Unternehmer stehenden Ansichten über die Maßnahmen zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise zusammen. An der Spitze der Vorschläge stand das Notopfer aller von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Kreise, das ein erster wirklicher Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen sein sollte, die eine Voraussetzung für jede Gesundung der Wirtschaft ist. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen muß ohne Abbau der Sozialausgaben möglich sein; denn ein Abbau der Leistungen der Sozialversicherung führe nur zur Verelendung und könne unmöglich für die Entwicklung der Wirtschaft günstig sein. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist eine Ersparnis nur durch Vereinheitlichung der Organisation zu erreichen. — Die wichtigste Aufgabe aber bleibt die Wiedereinordnung der Millionen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß. Organisation der Kreditbeschaffung, Aufnahme von Auslandsanleihen, planmäßige, konjunkturpolitische Verteilung der Behördenaufträge und die Durchführung der vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Maßnahmen zur Belegung des Baumarcktes sind ebenfalls notwendig. Alle diese Maßnahmen aber können sich nur auswirken, wenn mit

größter Beschleunigung die Preise soweit abgebaut werden, daß sich der Abbau auch im Einzelhandel fühlbar auswirke.

Durch eine Reihe von Ereignissen, wie der Schiedspruch von Deynhausen und das Schreiben des Herrn Werner von Siemens, der Lohn- und Gehaltsabbau bei der Reichsbahn durch Gesetz fordert, wurde der natürliche Gegensatz zwischen den Anschauungen der Unternehmer und denen der Gewerkschaften verschärft. Die Unternehmer hatten bewiesen, daß ihr Bekenntnis zur sittlichen Pflicht, die Notlage der „Arbeitsgenossen“ zu lindern, im schroffen Widerspruch zu ihren Taten stand. Die freien Gewerkschaften zogen deshalb die Konsequenz daraus und betrachteten die Verhandlungen als beendet.

Am 24. Juni, anlässlich der letzten Besprechung, gaben die Vertreter des DGB folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gedanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt. — Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrund der Beratungen stehen. Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.“

Wir erklären uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhöhen Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird. Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmernvertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Öffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches von Deynhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaus in der Schwerindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstags, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hingen. Nicht minder muß es in höchstem Maße befremden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Herr v. Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unabweisend ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tarifserhöhungen zu vermeiden. Wenn einflussreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind damit die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich. Die Massen-kündigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen trotz des Deynhausener Schiedspruchs den Antrag auf Entlassung von 7 % ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Ver-

trauen in der breiten Öffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen. — Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind."

Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet."

Anlässlich der Verhandlungen ist im bürgerlichen und kommunistischen Blätterwald einiges über Arbeitsgemeinschaft zusammengeredet worden. Demgegenüber sei festgestellt, gleich in der ersten Zusammenkunft wurde betont, daß die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft nicht in Frage käme. Die Vertreter der freien Gewerkschaften haben sich an den Besprechungen nur beteiligt in dem Gefühl der Verantwortung, nichts unverfügt zu lassen, was zur Behebung der gegenwärtigen furchtbaren Notlage beitragen kann, aber auch nichts von den Arbeiterinteressen preiszugeben. Das ist selbstverständlich. Aber da es immer noch Leute gibt, die den Worten von Demagogen glauben, die den Gewerkschaften und ihren Vertretern bei allen ihren Handlungen unlautere, verräterische Motive

unterschieben, so sei hier noch einmal festgestellt: die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Vertreter der organisierten Arbeiterschaft würden ihre Aufgabe nicht erfüllen, wenn sie sich Besprechungen über die Anknüpfung der Wirtschaft entziehen würden. Zur vollen Vertretung der ihnen übertragenen Wahrung der Arbeiterinteressen sind sie verpflichtet, an allen Verhandlungen teilzunehmen, wo Arbeiterinteressen vertreten oder vor Schaden bewahrt werden müssen. Das ist ganz besonders notwendig in einer Zeit wie die jetzige, wo die deutsche Wirtschaft vielleicht ihre schwerste, über die nächste Zukunft der Arbeiterschaft entscheidende Krise durchmacht. Der Begriff Krise muß hier im weitesten Sinne genommen werden. Denn es ist nicht nur eine Wirtschaftskrise, sondern eine Krise, in deren Verlauf über den künftigen Einfluß der Arbeiterbewegung für absehbare Zeiten entschieden werden wird; eine Krise, die über die künftige Gestaltung der Finanzen und der Innenpolitik entscheidet. Kurz, eine Gesellschaftskrise überhaupt, in der die Arbeiterschaft sich behaupten muß, wenn sie nicht zurückgeworfen werden will.

Der Ausgang der Verhandlungen mit den Unternehmern, die lediglich ihre Profitorientierung wahren wollten, auferlegt der Arbeiterschaft die Pflicht zur weiteren und durchgreifenden Werbung für ihre gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen. Die große Krise unserer Tage erfordert starke Arbeiterorganisationen. Deshalb hinein ihr Säuglingen in die Reihen der kämpfenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Heran ihr alle, die ihr müßig am Wege steht!

keine Mittel zur Verfügung." Das mag stimmen. Wir aber entgegnen darauf: Eine Regierung, die sich freimachen würde von wirtschafts- und volksparteilichen Querulanten könnte diese Mittel beschaffen und dann die berechnete hunderttausendfache Förderung arbeitsloser Bauarbeiter nach Krisenunterstützung erfüllen. Aber auch eine Regierung wie die jetzige, die doch von Vertretern gewisser „antisozialistischer“ Gewerkschaften gestützt wird, muß die Forderungen nach ausreichender Unterstützung der Arbeitslosen und nach weitestgehender Arbeitsbeschaffung für die unfreiwillig Feiernden erfüllen können, zumal wenn zwei christliche Gewerkschafter — die doch die privatkapitalistische Wirtschaft und die bürgerliche Weltordnung bejahen — ein ihr wichtiges Portefeuille innehaben. Gewiß man kann nicht sofort Arbeit „aus dem Ärmel schütteln". Aber die geschehenden Körperlichkeiten, Reichstag und -regierung, müssen sofort weitere Mittel bereitzustellen zur Milderung der entsetzlichen Not, die in weiten Kreisen der deutschen Arbeiterschaft herrscht. Reichstag und -regierung, gebt den Artikeln 161 und 163 einen lebendigen, sozialen Inhalt. Setzt mit der Krisenunterstützung für alle Berufe!

### Der deutschen Wirtschaftskrise mitten ins Herz!

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist eine Angelegenheit, die der dringendsten Beachtung bedarf. Je länger sie dauert, je mehr wächst sie sich nicht nur zur wirtschaftlichen Katastrophe aus, sondern sie ist auch geeignet, der sozialen Entwicklung den allergrößten Schaden zuzufügen. Wenn man das klar erkannt hat, so ist das Interesse einer baldigen Beseitigung eines derartigen Zustandes ohne weiteres gegeben. Die Zerrissenheit des deutschen Volkes und namentlich die unheilvollen Verhältnisse in den Parlamenten verhindern durchgreifende Maßnahmen. Man kann als sicher annehmen, daß, wenn sich im Reichstag zwei starke Gruppen, Arbeit und Kapital, gegenüberstehen würden, irgendeine Lösung eher möglich wäre als bei dem Mißgeschick aller möglichen Interessengruppen und Parteipolitiker. Weil wir aber mit den gegebenen Umständen zu rechnen haben, muß in diesem Rahmen versucht werden, dem Grundübel Wirtschaftskrise zu Leibe zu gehen.

Es hat bisher keineswegs an Vorschlägen gefehlt. Im verblüffendsten sind die, die von den Unternehmern und der ihnen nahestehenden Presse ausgehen. Sie sind mit wenigen Worten zu kennzeichnen: Herabsetzung der Löhne, Steuern und sozialen Lasten! Ueber diese einfache Formel mögen Reaktionen und der Volkswirtschaft laienhaft gegenüberstehende Leute begeistert sein. Doch jeder, der den Nebenzweck erkennt und etwas tiefer denkt, wird sofort erkennen, daß wirtschaftlich damit gar nichts erreicht ist. Eher kann daraus ein ungeheurer Schaden entstehen. Es muß also nach anderen und besseren Methoden Umschau gehalten werden.

Die Stelle, die sehr viel zur Ueberwindung der Krise beitragen kann, ist die Reichsregierung. Wir leben zwar in einer individuell eingestellten kapitalistischen Wirtschaft, wo jeder so viel und was er will produzieren kann. Dennoch haben die öffentlichen Körperschaften im heutigen Wirtschaftsleben eine große Bedeutung. Immer tiefer legt sich die Erkenntnis durch, daß staatliche Wirtschaftspolitik getrieben werden muß. Weil dem so ist, muß von der Reichsregierung die notwendige Initiative ausgehen. Solange die Finanzwirtschaft des Reichs, der Länder und der Gemeinden nicht geklärt ist, wird die Besserung des gegenwärtigen Wirtschaftszustandes noch lange auf sich warten lassen. Der derzeitige Schwerezustand wirkt sehr lähmend auf die private Wirtschaft. Eine Finanzverwaltung, die sich nicht scheut, das Gleichgewicht im öffentlichen Haushalt mit allen Mitteln durchzuführen und eine Reform des Steuerwesens und der Verwaltung in Angriff zu nehmen, würde einen außergewöhnlichen Zuwachs an Vertrauen im In- und Auslande erhalten. Der bisherige Reparationsagent Parker Gilbert hat in seinem letzten Bericht die deutsche Wirtschaftspolitik scharf unter die Lupe genommen. Ein Satz ist besonders bemerkenswert: „Unter dem Young-Plan liegt die Entscheidung ganz und gar bei der deutschen Regierung und dem deutschen Volke, und sie wird über den künftigen Weg des deutschen Wirtschaftslebens sowie über die Stellung des deutschen Kredits in der Heimat und im Auslande bestimmen." Diese Mahnung sollte um so mehr beachtet werden, weil Parker Gilbert jetzt nach seiner Heimat zurückgekehrt ist und künftig in der amerikanischen Großfinanz eine außerordentlich große Rolle spielen wird. Um wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, scheinen uns die Vorschläge erwähnenswert, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Ueberwindung der Finanznot aufgestellt hat. Sie bewegen sich in folgenden Richtlinien:

„Eine Senkung des Einkommens der Arbeiter, Angestellten und Beamten kann die Wirtschaft nicht beleben, sondern muß die Krise verschärfen. Die gegenwärtige Wirtschaftslage erfordert einen allgemeinen Abbau der Preise. Durch Anwendung der Kartellverordnung und durch sofortige Herabsetzung derjenigen Zölle, die lediglich der Hochhaltung der Inlandspreise dienen, sind die Preise für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse zu senken. Dabei hat der Abbau der Preise für Baustoffe eine besonders große Bedeutung. Zugleich muß jedoch durch den Abbau der hohen Zölle an Handlungsgewinnen, durch Beseitigung der Ausnahmesteuer auf die Großladengeschäfte, insbesondere die Konsumvereine, auch der Abbau der Preise im Kleinverkauf gesichert werden.

Die wichtigste Aufgabe ist die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit. Deshalb ist die sofortige Ratifikation der vorbereiteten Handelsverträge und des Genfer Abkommens über den Zollfrieden notwendig. Der Diskontsatz der Reichsbank ist zu senken und damit auch auf die Ermäßigung der Zinsen für langfristige Kredite hinzuwirken. Die produktive Erwerbslosenfürsorge und der Kleinwohnungsbauplan ist zu fördern durch Bereitstellung größerer Mittel aus der Hauszinssteuer. Alle Finanzierungsmöglichkeiten für den Straßenbau sind auszunutzen, die Post- und Fernsprechanlagen beschleunigt den Bedürfnissen entsprechend zu modernisieren, die Eisenbahnanlagen zu erneuern und das Eisenbahn- und Wegeneh auszubauen. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit macht die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitschutzes unter Sicherung des Arbeitsfundamentes und stärkerer Einschränkung der Ueberstundenarbeit erforderlich. Darüber hinaus ist angesichts der fortgeschrittenen

### Appell an die Regierer!

„Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm angemessene Arbeit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt.“  
„Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit... und zur Vorsehung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfangreiches Versicherungswesen.“  
Artikel 163 und 161 der Reichsverfassung.

Die Reichsregierung ist zurzeit dabei, an Stelle des von Bord des Regierungsschiffes gegangenen Finanzministers Moldenhauer einen neuen Mann an Bord zu nehmen. Da sich außerhalb der Regierung kein Mann für den verwaisten Posten der Finanzen fand, nahm man zunächst einen Platzwechsel mit einem Manne vor, der schon in der Reichsregierung sitzt, also an den bisherigen Plänen und Regierungskursstücken im Kabinett mitgewirkt hat. Es ist der bisherige Wirtschaftsminister Dr. Dietrich aus dem Musterlande Baden. Das Schifflein „Wirtschaftsministerium“, das ja auch nicht sehr flott ist, harret noch eines neuen Kapitäns. Einstweilen soll es von dem Adjutanten, einem Staatssekretär, geführt werden. Was Finanzminister Dr. Dietrich will, ist zurzeit noch sein Geheimnis. Wie verlautet, will er einiges von den Vorschlägen seines Vorgängers übernehmen, unter anderem auch das Notopfer, aber nur für Beamte in einer Höhe von 3 % bei einer Freigrenze von 2000.— M. Ebenfalls will er die Ledigensteuer beibehalten; neu ist, daß nach seinem Vorschlag zu den höheren Einkommen ein allgemeiner Zuschlag von 5 % der bisherigen Steuerleistung festgesetzt werden soll. Eine allgemeine Ueberprüfung über die Pläne des neuen Mannes ist noch nicht möglich.

Die Deutsche Volkspartei frönt ihrer Neigung zum Krisenmachen im stärkeren Maße als bisher. Man rechnet zurzeit sogar mit einem Auscheiden aus der Regierung. Inzwischen hat der Reichskanzler — wie zu Beginn seiner Regierung — das liebliche Spiel mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung wieder aufgenommen. Vielleicht glaubt er, mit Hilfe dieses Artikels auch die Finanzkrise beheben zu können. Er wird sich sehr irren. Ueberdies ist der Artikel 48 der Reichsverfassung kein Mittel, einer unfähigen Regierung das Leben zu gewährleisten. Die Behebung der Finanzkrise muß vor allen Dingen beginnen mit der Beschaffung neuer Einnahmequellen und in gleich wichtigem Maße mit der Streichung volkswirtschaftlich nicht unbedingt notwendiger Ausgaben. Ferner muß sofort mit der Wiederherstellung des Vertrauens des kapitalkräftigen Auslandes zu Deutschland und mit dem konsequenten Bruch der von Dr. Schacht eingeleiteten Anleihepolitik begonnen werden. Es darf nicht übersehen werden, daß ein sehr großer Teil der Not, die das deutsche Volk erdulden muß, vom früheren Reichsbankpräsidenten Schacht herrührt. Er hat es verstanden, dem Reich und den Kommunalen Auslandsanleihen vorzuenthalten. Er, der sich nun in sicherer finanzieller Deckung befindet, hat dem Volk die Suppe eingebrockt, die nicht er, sondern das Volk, vor allen Dingen die Arbeitslosen, jetzt auslöffen müssen. Die Folgen dieser Schacht-Züge müssen radikal ausgeremert werden! Zu den neuen Einnahmequellen, die erschlossen werden müssen, gehören nicht in erster Linie die Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung, sondern unter anderem auch eine Erbschaftsteuer, die solche an Skandal grenzenden Steuer-Unfälle, wie der der Witwe Hugo Stinnes, nicht mehr ermöglichen. Aber auch auf der Ausgabenseite muß gestrichen werden. Vor allen Dingen muß der Flotten- und Heeresetat beschnitten werden. Wenn man Herrn Groener von seinen 700 Millionen 200 streichen würde, dann würde das Reichsbeet mit den restlichen 500 Millionen immer noch besser dastehen, als unter Weiler, wo es mit 450 Millionen auskam. Ferner könnte der neue Reichsfinanzminister von Steuerschuldern durch Aufhebung der Stundung fast 500 Millionen der Reichskasse zuleiten.

Die wichtigste Frage der ganzen Krise aber ist Arbeitsbeschaffung und Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums für alle Arbeitslosen. Im Juni hat sich die Zahl der Arbeitslosen erhöht! Noch fürchterlicher aber als diese Meldung ist die Tatsache, daß die Zahl der Unterstützten zurückgeht. Wir haben immer noch 2 700 000 Arbeitslose, aber die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger

beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur rund 1 506 000, in der Krisenunterstützung nur 352 000. An dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit ist die Bauarbeiterchaft von allen Berufen am zahlreichsten beteiligt. Die jetzige Krise ist zur Hauptsache eine Baukrise. Das alles geht auch aus den Arbeitslosenzahlen der Bauarbeiter hervor. Allein in unserem Bund beträgt die Zahl der Arbeitslosen rund 200 000. Das heißt mehr als 40 % unserer Bundesmitglieder sind arbeitslos. Wenn man den Verhältnissatz auf das gesamte Baugewerbe anwendet — was man mit großer Berechtigung tun kann — dann ist festzustellen, daß fast die Hälfte aller deutschen Bauarbeiter im Juli, also mitten im Hochsommer, erwerbslos ist. Das ist die skandalöse Tatsache einer unfähigen wirtschaftlichen und politischen Führung, die verdient davon gejagt zu werden! Die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Bauarbeiter wächst von Tag zu Tag. Wir wiederholen deshalb unsere Forderung nach Krisenunterstützung für alle unfreiwillig feiernden Bauarbeiter.

Auf unseren Redaktionsstisch fliegen täglich Berichte, die eine so grauenhafte Sprache sozialen Elends reden, das man angesichts des technischen und angeblich auch kulturellen Hochstandes der Menschheit nicht mehr für möglich halten sollte. Den Regierungs- und anderen verantwortlichen Stellen kann das grauenhafte Elend in Bauarbeiterkreisen nicht unbekannt sein. Viele Tausende von Eingaben sind in dieser Sache an die höchsten und niedrigsten Regierungskörperschaften, an Magistrate und Landesarbeitsämter, an Landes- und Reichsbehörden gerichtet worden. Hier und da haben untere und mittlere Stellen etwas zur Abhilfe getan; aber die Stellen, die einzig und allein durchgreifendes leisten können, sind die Reichsregierung und der Reichstag. Dort fehlt's aber. Wenn im Kabinett die Gegenläufe so weit auseinanderstreben, daß sie selbst angesichts der Notlage eines sehr, sehr großen Teiles unseres Volkes nicht einmal in der Frage der Arbeitslosennot auf eine soziale, die Noie des Volkes beherrschende Grundlage gebracht werden können, dann ist es dringend notwendig, daß sich der verantwortliche Chef nach einer anderen Regierungsgrundlage umsieht. Diese Grundlage könnte geschaffen werden, wenn man die Parteien, die trotz der großen Not nun einmal absolut nicht das Wohl der Massen wollen, dorthin gehen läßt, wo — wie man im Volksmunde sagt — der Pfeffer wächst. Eine nur einigermaßen energische Führung wird sich mit einigem guten Willen die Grundlage für eine Sozialpolitik im Sinne der oben zitierten Verfassungsartikel verschaffen können. Sie muß nur wollen! Es muß endlich einmal Schluß damit gemacht werden, immer die Weltwirtschaftskrise als Ausrede für angebliche wirtschaftliche Nachlosigkeit zu gebrauchen. An den Krisenmachereien der Schwerindustriellen Volkspartei ist deutlich die gewollte Willenlosigkeit bei der Behebung der Mißstände erkennlich. Mit der ewigen Krisenmacherei verfolgt sie schon seit Jahren den einzigen Zweck, die Zahl und die Not der Arbeitslosen ins Unermessliche zu steigern, in dem Glauben, durch die so erzeugte Not und Erbitterung ihre Ziele im Sinne der Schwerindustrie durchsetzen zu können: Abbau der Löhne, Abbau oder Beseitigung der Tarifverträge, Abbau der Sozialversicherung, in erster Linie Abbau und Beseitigung der Arbeitslosenversicherung. Dann soll wieder das „freie Spiel der Kräfte“ einlehen. Die Arbeiterschaft soll in eine Rolle neudeutscher Parias herabsinken. Der Reichskanzler, in dessen Regierung zwei Vertreter der christlichen Gewerkschaften und außerdem ein Republikaner, dessen Name noch einen guten Klang zu verlieren hat, sitzen, sollte derartige Parteien, wenn sie, wie es jetzt den Anschein hat, gehen wollen, nicht zurückhalten.

Die deutsche Wirtschaftskrise und die durch sie erzeugte Not und Arbeitslosigkeit ist gewiß nicht gering, aber sie ist auch nicht so groß, daß sie nicht zu beheben oder zu beseitigen wäre.

„Wo bleibt die Krisenunterstützung für die Bauarbeiter, Herr Reichsarbeitsminister?“ so haben wir in Nr. 20 des „Grundstein“ gefragt. Er wird uns antworten: „Mir stehen

Rationalisierung eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch internationale Vereinbarungen anzustreben.

Zur Überwindung der Finanznot, die durch die schwere Wirtschaftskrise entstanden ist, müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die sozialen Verpflichtungen des Reichs müssen unangetastet bleiben. Das gilt insbesondere von den Leistungen für die Arbeitslosen.

In der jetzigen Not ist äußerste Sparsamkeit bei allen öffentlichen Körperschaften unumgängliche Pflicht. Vor allem müssen die Ausgaben für militärische Zwecke erheblich gesenkt werden, ebenso die für den auswärtigen Dienst, für die hohen Pensionen und Gehälter und andere persönliche und sächliche Zwecke, die mit dem Ernst der Wirtschaftskrise und Finanzlage nicht im Einklang stehen. Auf Ruhegehalt und Wartegeld ist das sonstige Einkommen bei Ueberschreitung einer bestimmten Freigrenze anzurechnen. Wartegeldempfänger sind unter Gewährung der früheren Bezüge zur Uebernahme von zumutbarer Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu verpflichten.

Soweit mit diesen Mitteln eine volle Deckung des Haushalts nicht zu erreichen ist, muß sie durch neue Einnahmen herbeigeführt werden. In erster Linie sind die leistungsfähigen Volksschichten heranzuziehen. Am besten und gerichtlichsten kann das durch einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer auf die höheren Einkommen geschehen, dessen Höhe auf 10% festzusetzen wäre. Wenn durch diesen Zuschlag zur Einkommensteuer die zur Sanierung der öffentlichen Finanzen und zur Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Leistungen notwendigen Mittel nicht voll aufgebracht werden können, ist daneben eine Heranziehung derjenigen Volksschichten nicht zu vermeiden, die der Gefahr der Erwerbslosigkeit nicht ausgesetzt sind.

Die Steuer- und Wirtschaftspolitik des Reichs muß dem Doppelzweck dienen, die Finanzen durch Sparsamkeit und gerechte Verteilung der unvermeidlichen Lasten in Ordnung zu bringen und die Wirtschaftskrise zu überwinden, was nur unter Aufrechterhaltung der Lebenshaltung und der Konsumkraft der breiten Masse möglich ist.

Uns scheint, daß in diesen Richtlinien die wichtigsten Punkte einer Finanzsanierung berücksichtigt werden und sie sehr wohl die Voraussetzungen für eine Besserung der Wirtschaftslage bilden können.

### 27. Deutscher Genossenschaftstag.

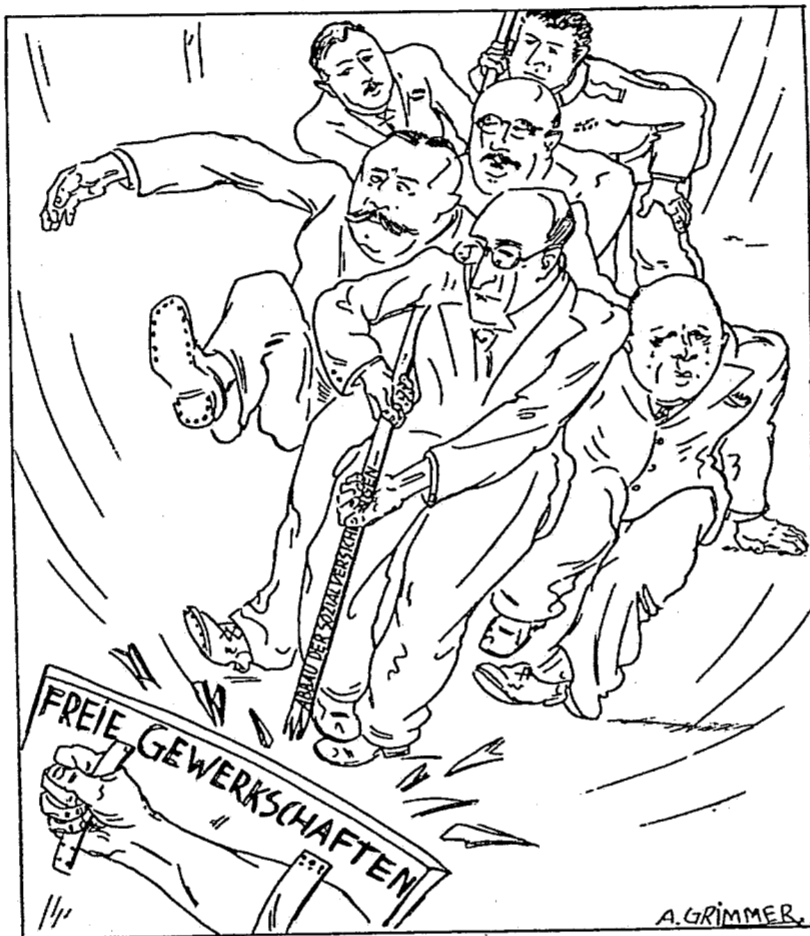
Gegen Spitzelmethoden von Einzelhändlern und Finanzbeamten. Für die Freiheit der Genossenschaftsbewegung. Gegen unsoziale Steuern und Klassenjustiz. Organisiert die Abwehr!

Vom 16. bis 18. Juni tagte in Lübeck der 27. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Gleichzeitig feierte der Konsumverein für Lübeck und Umgebung sein 25jähriges Bestehen, aus welchem Anlaß die Lübecker Genossenschaften eine Kundgebung veranstalteten, die ein machtvolles Bild erfolgreich genossenschaftlichen Wirkens gab. Zu der Kundgebung brachten nicht weniger als acht Sonderzüge Mitglieder des Konsumvereins aus seinem Tätigkeitsgebiet aus Mecklenburg, Oldenburg und Schleswig-Holstein nach Lübeck. In einem wirtschaftspolitischen Rundblick auf das Jahr 1929 wies Heinrich Lorenz, Hamburg, darauf hin, daß die vielgerühmte Rationalisierung ohne Rücksicht auf die Menschen die Betriebe leistungsfähiger gemacht, aber gleichzeitig zur Ausschaltung vieler Erwerbstätiger beigetragen hat. Die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 1907 von 25 auf 32 Millionen gestiegen; darunter befinden sich allein drei Millionen Frauen. Der Redner wandte sich gegen den Abbau der Löhne, gegen die heuchlerische Beschränkung der sozialen Ausgaben und betonte, daß nur ausreichende Löhne Handel und Wandel befördern. Scharfe Anklagen richtete er gegen die konsumvereinsfeindliche Wirtschaftspolitik, gegen die Bespitzelung der Konsumvereine, gegen die Zollpolitik der Regierung, Bränning und gegen die Sonderbesteuerung der Konsumvereine. — Eine Reihe von Gästen, darunter u. a. die Vertreter vieler ausländischer Konsumvereine, sowie der Vertreter des Lübecker Senats, der Vertreter des DGB, des Internationalen Arbeitsamts, des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe sowie andere Vertreter überbrachten Grüße und Wünsche ihrer Auftraggeber.

Den Bericht des Vorstandes gab Vollrath Kleppzig. Trotz ungünstiger Wirtschaftsverhältnisse ist über Erfolgreiches zu berichten. Die Zahl der im Zentralverband vereinigten Konsumvereine verringerte sich infolge der guten Verschmelzungsarbeit der Revisionsverbände von 1024 auf 991; dagegen stieg die Mitgliederzahl von 2.896.756 auf 2.992.278. Die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes erzielten 1929 einen Umsatz von 1242 Millionen Mark. Die Umsatzerhöhung betrug 118 Millionen gleich 10,5%. Der Wert der eigenen Gütererzeugung stieg von 303 auf 316 Millionen Mark; davon entfallen 162 Millionen auf die Backwaren- und 119 Millionen auf die Fleischwarenherstellung. Die flüssigen Mittel der Genossenschaften vermehrten sich von 154 auf 199 Millionen Mark, was vor allem auf die erhöhten Spareinlagen zurückzuführen ist, die von 297 auf 374 M gestiegen sind. Der Wert des Konsumgenossenschaftlichen Grundbesitzes stieg um 49 Millionen und beträgt heute 220 Millionen Mark gegen 100 Millionen in der Vorkriegszeit. Ueber wirtschaftliche Angelegenheiten berichtete Hugo Bäfflein. Er sprach über die vielseitige Mitarbeit des Zentralverbandes im Freien Ausschuss der deutschen Genossenschaftsverbände, über die Mitarbeit im Reichsausschuss für Lieferungsbedingungen, in der Getreide-Handelsgesellschaft und in sonstigen wirtschaftlichen Organisationen, wo sich im Berichtsjahr Gelegenheit bot, den Standpunkt des Zentralverbandes zur Kenntnis und zum Teil auch zur Durchführung zu bringen. Die Vorträge fanden ihren Niederschlag in Entschließungen, in denen gegen die heuchlerische Heranziehung der Konsumgenossenschaften zur Körperschaftsteuer protestiert wird, da die Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt, keine Erwerbsgesellschaften sind. Mit Entrüstung stellt der Genossenschaftstag ferner fest, daß die Verführung von Einzelhändlern, durch Beauftragte Waren aus dem Konsumverein zu erhalten, immer noch fortgesetzt und auch heute noch sogar von einzelnen Steuerbehörden als Material gegen Konsumvereine verwandt werden. — Die dem Einzelhandel nahestehende Wirtschaftspartei hat im Deutschen Reichstag sogar versucht, den Paragraphen des Ge-

setzes über Erwerb- und Wirtschaftsgenossenschaften, der die Spitzelbestrafung ermöglicht, zu streichen, um dem Denunziantentum Tür und Tor zu öffnen. Der Genossenschaftstag protestierte ferner energisch gegen die Absicht der Reichsregierung, durch das Steuervereinfachungsgesetz die Konsumgenossenschaften nicht nur zur Gewerbesteuer heranzuziehen, sondern sie auch als Betriebe mit Filialen außerhalb des Ortes ihrer Hauptniederlassung mit einem Zuschlag von 20% zur Gewerbesteuer zu belegen. Konsumvereine sind keine Gewerbebetriebe und erzielen keinen Gewinn. Ihre Ertrübrungen bei der gemeinsamen genossenschaftlichen Wirtschaftsführung gehören den den minderbemittelten Volksschichten angehörenden Mitgliedern. Die Schmälerung solcher Ersparnisse ist unmoralisch und geeignet, den Spartrieb zu hemmen, dessen Förderung Pflicht des Staates ist. Daß besonders die Parteien, die ihren Parteinaamen mit dem Wort Sozialismus vergolden, gegen den Genossenschaftsgeist, der doch ein Stück Sozialismus ist, eingestellt sind, zeigt das Land Thüringen — wo die Krisenmacher-Volkspartei und der Putschist Dr. Frick regieren, wo man beschlossen hat, für Einzelhandelsgroßbetriebe mit mehr als 300.000 M Umsatz, sofern mehr als eine Warengruppe geführt wird, eine besondere Lohnsummensteuer von 6% einzuführen. Diese Sondersteuer belastet in erster Linie die Konsumvereine, deren Mitglieder dadurch ein Teil des Ertrages konfisziert wird.

In der Aussprache erklärte Kleppzig zu den kommunistischen Umtrieben in den Genossenschaften, der Zentralverband wendet sich energisch gegen das unverantwortliche Auftreten der Kommunisten. Er habe es satt, sich den guten Eindruck der Verhandlungen stören zu lassen. Die nicht zugelassenen Vereine haben regelmäßig gegen die Satzungen des Zentralverbandes verstoßen. Den Kommunisten kommt es gar nicht auf die Förderung der Genossenschaften an, sondern sie haben nur die Absicht, durch Störungen zu zerlegen.



Nur die freien Gewerkschaften kämpfen gegen Sozialreaktion.

Ueber Hochschußzölle, Sonderbelastung und Ausnahmeumsatzsteuer berichtete gleichfalls Hugo Bäfflein. Er verwies darauf, daß die Lasten durch Steuern usw. vor dem Kriege etwa 10% betragen und daß sie heute auf 22 bis 25% gestiegen sind. Der prozentuale Anteil der Besitzenden ist jedoch gefallen. Von der Landwirtschaft fordert der Redner Anpassung an den veränderten Verbrauch, Verbesserung der Absatzorganisation und betriebstechnische Umstellung. Er wendet sich energisch gegen die Schandsteuer, die die Konsumvereine mit mehr als 1 Million Mark Umsatz trifft. Durch diese Steuer sollen den Vermittlern der Armen, soweit sie in den Konsumvereinen organisiert sind, die geringen Beiträge, die sie für Rückvergütung erhalten, abgenommen werden. Die Gutstituierten zahlen in diesem Fall keinen Pfennig, aber der arme Witwe, die vom Konsumverein vielleicht 50 M Rückvergütung bekommt, nimmt man 10%, also 5 M, im voraus davon ab. Für diese Maßnahme ist keine sachliche Begründung vorhanden, nur Haß und Neid der Wirtschaftspartei. Wenn eine kleine Partei ihre Macht durch Gewalt, Haß und Neid weiter ausführen will, so muß die Verbraucherschaft ihren Kampf dagegen in der größten Schärfe aufnehmen. Jene Kreise der Volksparteiler, Kleinkrämer usw., müssen ihre Torheit am eigenen Beutel spüren. Lassen wir uns nicht betören in dem Glauben, daß diese Steuer ohne weiteres wieder abgebaut wird, sondern kämpfen wir gemeinsam mit dem Ziele: Weg mit dieser Sonderkonfiszierung und weg mit den Hochschußzöllen, die ein Lohn auf die Selbsthilfe sind. Auch auf diesem Gebiet will Frick-Thüringen in Deutschland voran sein. Unter der Devise: „Nieder mit den rationalisierten Genossenschaften“, verlangt man dort eine Sondergewerbesteuer für die Konsumvereine, damit die konsumvereinsfeindlichen Mittelständler den Verbrauchern diktieren können. — In einer Entschließung stellt der Genossenschaftstag mit Empörung fest, daß die neuen Steuern einzig und allein auf einer ungeheuerlichen Mehrbelastung der Verbraucher aufgebaut sind. Besonders aufreizend wirkt die Erhöhung der rohesten und unsozialsten aller Steuern, der Umsatzsteuer und ihr Anhängsel, die Sondersteuer gegen die Konsumvereine. Im Namen der Verbraucher wird die schleunigste Beseitigung dieses schändlichen Unrechts gefordert. Aufgabe aller organisierten Verbraucher muß sein, den Gesamtbedarf im eigenen Geschäft unter strengster Weidung des rücksichtslosen Feindes zu decken und Sammlung aller unbemittelten Verbraucher in den Konsumvereinen. — In der Aussprache kam nochmals die Empörung gegen die verhassteste und gemeinste Steuer in Preussisch-Brandenburg, die eine Strafsteuer gegen die organisierten Verbraucher ist, zum Ausdruck. Heute handelt es sich um die Organisation der Abwehr! — Ein Diskussionsredner, der selbst Landwirt ist, bestritt die Not der Landwirtschaft in dem stets vorgetra-

genem Maße. Alle Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Ueber internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Kasch-Hamburg. Er berichtete über die Tätigkeit der Körperschaften des Internationalen Genossenschaftsbundes und über Zukunftsaufgaben.

Die diesjährige Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stand fast ausschließlich im Zeichen der Anklage gegen die Widersacher der großen Selbsthilfeorganisationen der Verbraucher. Aus allen Reden erklangen Klagen über ungerechte Behandlung der Konsumgenossenschaften, über Ausnahmesteuern und Hochschußzölle, die in der Hauptsache die Mitglieder der Konsumvereine treffen. Auch am letzten Verhandlungstage wurden schwere Anklagen erhoben, diesmal gegen die Rechtsprechung, mit deren Hilfe die Mittelstandsorganisationen und ihre politischen Sachwalter die Schlinge gegen die Verbraucherorganisationen zuzuziehen gedenken. Die Art, in der dies geschehen ist, kam deutlich zum Ausdruck in dem Vortrag des Schriftleiters der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, August Kasch-Hamburg. Er betonte den klassenjustizialen Charakter der Rechtsprechung, der sich auch in heutiger Zeit in dem Gefühl auswirkt, daß Leute oftmals nur deshalb verurteilt werden, weil sie Arbeiter, Gewerkschafter oder Sozialisten seien. Wie gegen Konsumvereine vorgegangen wird, zeigen zwei Fälle. Ein Konsumverein wurde verurteilt, weil er es gewagt hatte, seine Preise öffentlich mit denen des Konkurrenten zu vergleichen. Der Konsumverein Bielefeld hatte bei einem solchen Preisvergleich nicht einmal den Namen seines wirtschaftlichen Konkurrenten genannt. Das bekam ihm aber besonders schlecht, denn das Gericht erklärte, daß gerade die Verschweigung der Namen ein erschwerender und um so mehr als sittenwidrig zu bezeichnender Umstand sei. Der Konsumverein in Kassel wurde verurteilt, weil er, da er am 1. Mai seine Verteilungsstellen schloß, an seine Mitglieder die ganz selbstverständliche Aufforderung gerichtet hatte, ihren Bedarf vorher im eigenen Geschäft, nicht in Privatgeschäften zu decken. Diese Beispiele zeigen den beschämend unsachlichen, klassenjustizialen Charakter eines Teiles der Leute die leider Gottes heute noch in Deutschland Recht sprechen dürfen; denn es findet sich kein Staatsanwalt, der etwa gegen Rabattparvereine oder gegen private Geschäftsinhaber vorgehen würde, die ihre Preise ebenfalls öffentlich mit denen ihrer Konkurrenten vergleichen. Gegen diese Klassenjustiz erheben die Genossenschaften ihre warnende Stimme. Sie fordern weiter nichts, als daß die Rechtsprechung die Sprache der Gerechtigkeit sprechen soll. — Ueber das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen berichtete Sierakowsky-Hamburg. Den Schluß der Tagung bildeten innere Angelegenheiten des Zentralverbandes. Die ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes, des Ausschusses und der Fortbildungskommission wurden einstimmig wiedergewählt.

Die Genossenschaften sind zum Kampf bereit, mögen die Herren von der Wirtschaftspartei kommen; es wird ihnen aufgepfiffen werden!

### Zehn Millionen Arbeiter verdienen keine 1200 Mark im Jahr.

Glaubt man den Unternehmern, dann geht es den Arbeitern alle sehr gut. Die Unternehmer tun so, als wenn der Arbeiter und kleine Angestellte Not gar nicht kennt; so gut sei für sie gesorgt. Man zählt die Stundenlöhne auf und rechnet aus, was dabei im Jahre herauskommt. Ueber die Verluste durch Krankheit und Arbeitslosigkeit geht man stillschweigend hinweg. Der brutale Angriff auf die Löhne wird mit schönen Phrasen umgeben, und die Bürgerblockregierung mit ihren Finanzakrobatenstücken gibt den willkommenen Anlaß dazu. Daß der Lohn des Arbeiters nicht gekürzt werde darf, wird jetzt bewiesen durch die Lohnsteuerstatistik, die vom Statistischen Reichsamts soeben für das Jahr 1928 veröffentlicht wird. Gegenüber 1928 haben sich die Löhne und Gehälter bis heute nur geringfügig erhöht, in manchen Berufen überhaupt nicht, so daß die dort festgestellten Laffachen auch noch heute in vollem Umfange zutreffend sind.

Insgesamt waren im Jahre 1928 in Deutschland rund 24 Millionen Lohnsteuerpflichtige vorhanden, also 24 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte männlichen und weiblichen Geschlechts. Hiervon zahlten rund 10 Millionen keine Steuern, d. h. sie waren vom Steuerzahlen befreit, weil sie weniger als 1200 M Jahresverdienst hatten.

Außerdem schieden 415.000 Lohnsteuerpflichtige vom Steuerzahlen aus, deren Einkommen zwar 1200 M überstieg, die aber wegen der Kinderzahl keine Steuern zahlten. Wir haben also die Tatsache, daß rund 10,5 Millionen Arbeiter und Angestellte keine Steuern zahlen, weil sie nicht über das Existenzminimum verdienen. Rund 44% der im Erwerbsebenen stehenden Arbeiter, nahezu die Hälfte, hat unter 1200 M Jahresverdienst. Das ist eine erschütternde Feststellung. Von den restlichen 13,5 Millionen, die Steuern zahlten, hatten rund 46% auch nur ein Jahreseinkommen bis 1500 M. Es verbleiben mithin nur rund 7,5 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte, die über 1500 M im Jahre bekommen. Weitere 38% der Steuerzahlenden haben ein Jahreseinkommen von 1500 bis 3000 M. Ueber 3000 M haben nur rund 16% der Steuerzahlenden.

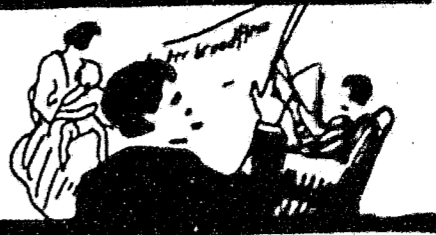
Es ergibt sich daraus die erschütternde Tatsache, daß von 24 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern nur 2,1 Millionen über 300 M im Jahre verdienen. Die übrigen, sie sind gewiß eine gewaltige Zahl, haben einen Monatsverdienst von unter 250 M. Das ist eine Summe, mit der sich manche Generaldirektoren nicht als Tagesentgelt begnügen. Für sie wirft man Tausende hinaus, für die Arbeiter und Angestellten ist nichts da. Das Empörendste aber ist, daß die niedrigen Löhne und Gehälter noch gesenkt werden sollen. Die Unternehmer sprechen nicht von den Jahresverdiensten der Arbeiter, sie weisen immer auf die Stundenlöhne hin. Aber der Arbeiter lebt nicht davon, was er in einer Stunde verdient sondern von dem Jahresverdienst. Je mehr Feierschichten es gibt, Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Aussetzen, desto mehr verringert sich das Jahreseinkommen. Am Jahresende stellt dann der Facharbeiter fest, daß er trotz seines guten Stundenlohnes nicht das Existenzminimum verdient hat. Das wird von den Unternehmern geflissentlich übersehen, die Anerkennung dieser Tatsachen würde sich gegen sie richten.

Aber die Frage hat noch eine andere Seite. Die Unternehmer haben die Unterstützung der Reichsregierung





# Unterhaltung und Wissen



## Auch du möchtest reisen.

Skizze von Erich Grisar.

Die weißen Wände der endlosen Straßenzüge zerspringen vor Hitze. Der Asphalt kocht. Staub frißt sich in alle Poren. Schweiß beißt die Haut wund. Jetzt in den Wald gehen können. In den kühlen Bach die Füße hängen. Den Kopf in freier Bergluft heben. Und die Brust weiten in schweller Luft, die Lied um Lied in die herrliche Welt hinauszubelt. Jetzt frei sein.

Aber da steht die Fabrik. Das riesige Sklavenhaus. Schwarze Säulen, stemmt sich der Rauch gegen den Himmel. Hellen Schrei stößt dir die heulende Sirene ins Herz.

Du weißt, daß der Lärm der Fabrik dir das Hirn wie mit spitzen Nadeln zerwühlt spürt die Qualen der Kreuzigung auf dem Schädelberg menschlicher Fron, aber du mußt hinein in die Fabrik. Du mußt dich ducken und hören, wie das vergiftete Tor hinter dir zuschlägt und dich trennt von den weissen Straßen, die alle irgendwo in die Welt hineinführen, nach der du dich sehnst.

Du keuchst und stöhnst in der Gluthitze vor den hohen Ofen und denkst an die lachende Sonne Italiens, die du so gerne sähest, denkst an die kühlen Winde Skandinaviens, denen du dich gerne entgegenwürfelst in der Qual dieses Sommers.

Ja, auch du möchtest reisen. Auch du möchtest einmal ein Mensch sein. Wie die anderen, für die du fröhnst. Wie die anderen, die in Stunden das verzehren, was dich für Tage, vielleicht für Wochen frei machen würde.

Aber dich stößt man tiefer hinab in das Werk, wenn du dich hinaussehst. Und während die Sonne höher und höher steigt und dein Durst in die Ferne unerträglich wird, stehtst du da im bligen Kessel und bepackst Waggon um Waggon mit kantigen Schrauben oder freisendem Zement, dunkler Kohle oder knirschendem Eisen. Du verlastest den glänzenden Stahl, daß dir der Schweiß das Hemd näßt, das oftmals dein einziges ist, das du am Abend in das Wasser steckst, um es vom Nachwind trocknen zu lassen, während du auf hartem Lager kurzen Schlaf suchst, deine Kräfte sammelst für die Fron des nächsten Tages, des übernächsten, des folgenden und so fort. Selbst die Sonntage stiehlt man dir im Monat. Und niemals ein Ende. Bis einmal die Kraft aller Bequäkten die eisernen Tore zerbricht, die zwischen dich und die Ferne sich drängen und der von den Herren der Erde sinnlos vergebende Ueberschub deiner Arbeit in die Hand, die ihn schuf, zurückfließt und den Traum aller Schaffenden erfüllt: Straßen zu ziehen, die in die Freiheit führen, Berge zu steigen, die in ewiges Licht ragen, Meere zu sehen, deren Brandung dir das Echo der eigenen unbefiegbaren Kraft entgegenrollt.

Du weißt, daß alles einmal so sein wird, daß einmal das Ziel unserer Sehnsucht erkämpft ist und du schreiest mit frohgemem Schrei durch die glühenden Straßen, stampfst den hochenden Asphalt mit deinen Füßen und wenn du das Fabrikrot hinter dir zuschlägst, glaubst du sein Splittern zu hören und du gehst an die Arbeit wie einer, der weiß, daß die Frucht seines Schweißes ihm nicht entgehen kann. Und das macht dich stark in aller Qual, das macht dich froh in aller Fron.

## Das Eichkähchen.

Aus Hebbels Tagebuchblättern.

Im Wiener Hause des Dichters Friedrich Hebbel herrschte nicht die frohe Stimmung wie sonst. Zwar war niemand in der Familie krank. Auch die wirtschaftlichen Sorgen des Dichterlebens waren überwunden. Aber dem Lampi ging es nicht gut, dem Eichkähchen, das seit einem Jahre in der Wohnung Hebbels frei umherprang. „Wie grau sieht das liebe Tier aus“, sprach der Dichter besorgt zu seiner Frau. „Ich dachte, während meiner Reise hätte es sich erholt und seine braune Farbe wiederbekommen, aber nun hat es noch immer dieses verdächtige Grau. Meinst du nicht?“

„Sei nur ganz unbesorgt!“ fiel ihm seine Frau ins Wort. „Sieh doch, wie munter das Tier ist!“

Ja, es war munter wie immer. Aber nachmittags erbrach es sich wiederholt, und da wurde auch Frau Hebbel besorgt: „Marie, rufen Sie doch einmal meinen Mann!“

Der sah am Schreibtisch und schrieb und dachte beim Anklöpfen, er würde zum Kaffee gerufen. Aber da lag das arme Tier feilnahlos in seinem Korbe.

Sin und wieder erhob es sich, wenn es sich erbrechen mußte, aus dem Korbe, um ihn nicht zu beschmutzen. Dann fiel es vor Schwäche wieder zurück.

„Holt doch mal Wasser! Dadurch wird das Tier vielleicht etwas frischer.“

Das Töchterchen hatte das Wasser schnell herbeigeholt und alle sahen zu, wie das Tier schlürfte. Erstlich häupte es zurück in den Korb und atmete ruhiger.

„Das gute Tier! — Ich will es streicheln“, sprach Hebbel. „Ihr wißt ja, wie liebebedürftig das Tier immer war. Gerade jetzt wird es unsere Liebe gebrauchen.“

Mit einem Blick voll Güte schaute der Dichter das kranke Wesen an: „Laßt es jetzt ruhen. Vielleicht wird ihm heute abend besser sein. — Wißt ihr, ich vermisse das Tierchen doch sehr. Wie hat es mit immer seine Pfötchen entgegengestreckt, wenn ich ins Zimmer trat! Wie war es immer froh über meinen Schreibtisch gelaufen. Recht zufrieden. Nur dann und wann war es ungeduldig, und dann zapfte es mit seinen Pfötchen an meiner Feder, als wenn es sagen wollte: nun mache aber doch endlich mal eine Pause. Und den Baum mußte ich ihm oft ersetzen, indem es immer um mich herumlied.“

„Na, vielleicht wirst du dein Tier bald wiederhaben“, beruhigte Frau Hebbel.

Der Dichter ging in die Stadt. Er hatte eine Besprechung mit einem Musiker wegen der dichterischen Verarbeitung eines Stoffes. Eine Stunde später ging auch

## Bienchens Glaache.

(Zum Wahlergebnis in Sachsen.)

Ich denke doch, mich trifft gleich uff der Schtelle  
a Schlag, wie ich de „Nei“sten lesen tat!  
Nee, Gockverdanz' s, mir Sachsen sein doch helle  
un nu begusst eich so a Resultat!

Da hamm'r nu zesamm' uff de Margsisden  
Dreinein gehaun! M'r dachten se wär'n gall.  
M'r machden uff de alten Liegensiden.  
Was iss'n nu? 's is alles abgebrallt!

Der brave Bürger blos bezog de Blandze.  
De Wähler sinn zu Hiddlern abgerigg.  
De Nazijung's mit ihrer großen Schnauze  
Die hamm blos u n s de Schtimmen abzewigg.

Natierlich mähren nu de Demograden  
un ooch de „Neie Leibzer“ schrieb es schon:  
Se tun zum Bunde mit'n Sozis raden  
von weg'n äner großen Gollatjohn.

Die hamm a Glapps! — Zusammen mit'n Rod'n  
regiern? Die wär'd'n uns ganz hibsch vergohl'n.  
Bei dem Gedanken ziddern mir de Food'n.  
Da genn't'r doch glei Zeignern wick'l'r hol'n.

Nee, meine Herr'n! M'r sinn doch nich in Breiten!  
Varleicht bieht uns beim nächsten mal das Gligg.  
Jetzt miss' m'r in den sauren Äbel beissen,  
so beinlich das ooch is: M'r geh'n zu Frigg!

Zwar sinn de Nazis ziemlich rubbche Gnod'n,  
M'r tut sich mit der Blase zink' ch blamier'n.  
Doch is m'r sch lieber als wie wenn de Rod'n  
mei liebes scheenes Sagen tun regier'n.

D'i' eenz'che Drost is bei der ganzen Schoose:  
Verhältnismäß' ch iss's wie erscht gebliem!  
Na Frige, bring'se mir noch äne Goose!  
A Gimmel mit!! — M'r wär'n das Ding schon schiem!  
Max Vollmann.

seine Frau, die Schauspielerin war, aus dem Hause. Bis 9 Uhr hatte sie zu spielen. Dann erwartete ihr Mann sie, wie meist, am Theater, und beide gingen zusammen heim.

Das war ein furchtbarer Schreck: Lampi war tot. „Ich glaube, es schläft“, hatte das Töchterchen gesagt. Hebbel griff in den Korb. Er war kalt, das Tier steif und tot. Ein wehmütiges Gefühl durchriefelte ihn.

Lange standen sie da, ohne ein Wort zu sagen. In des Dichters Augen zeigten sich Tränen. „Hast du denn gar nichts gemerkt, mein Kind?“

„Nein, es ging Lampi ganz gut. Einmal wimmerte es leise, es streckte sich und öffnete die Augen ganz weit. Da hielt ich ihm meine Hand an den Leib und Lampi leckte sie mit der Zunge. Dann wurde es wieder müde und schlief.“

„Und schlief ein für immer, mein Kind. Mit Liebe im letzten Lebensaugenblick.“

Sie waren gewohnt, nach der Heimkehr noch ein Stündchen zusammen zu sein und etwas zu essen. Das Eichkähchen war sonst immer dabei. Es bekam von allem und ipfeite auf das zierlichste. Nachher knäuelte es die Servietten zusammen und trug sie, eine nach der anderen, in den Schoß von Hebbels Frau. Und nun sollte all diese Freude niemals wieder sein.

Der Dichter kämpfte mit Tränen. Ihm war es, als wäre ihm mit diesem winzigen Leben ein Stück eigenen Lebens hinweggerissen. Gibt es Einzelnes?

Mit der Trauer um das Tier rang im Dichter das schöpferische Leben. Liebe zum Vergehenden ist Liebe zum Neuen. „Ich werde dem Tiere in einem Gedichte „Geheimnis der Schönheit“ ein Denkmal setzen.“

Der Entschluß war ihm eine Befreiung. Seine Frau verstand ihn. Nur das Kind sah da ohne ein Wort. Es trauerte um den Freund.



Da hielt ich ihm meine Hand an den Leib und Lampi leckte sie mit der Zunge.

„Im Verlieren wissen wir oft erst zu schätzen. Mir ist das Tier wie eine Offenbarung der Natur. Ich glaube jetzt an die säugende Wölfin der Römer, an die Hirschkuh der Genoveva. Laßt mich doch ein halbes Stündchen schreiben.“

Er ging in sein Zimmer und nahm sein Tagebuch. Er war gewachsen, und es drängte ihn, zu bekennen, und im Bekenntnis neuer Erkenntnis groß zu sein: „Ich werde nie wieder eine Maus oder auch nur einen Wurm zertreten. Ich ehre die Verwandtschaft mit dem Entschlafenen, sei sie auch noch so entfernt und luche nicht bloß im Menschen, sondern in allem, was lebt und webt, ein unergründliches Geheimnis, dem man durch Liebe näher kommen kann.“

Und wie nach einer Feter im Angesichte des Unerfaßlichen des Lebens ging er wieder zu den Seinen.

## Vom verschwiegene Dertchen.

Eine kulturhistorische Betrachtung von Rolf E. Reiner.

Wenn wir die luxuriöse Einrichtung des bewußten „verschwiegene Dertchen“ in einer unserer neuen Großstadtwohnungen, den Fliesenbelag des Bodens, die gekachelten Wände und die prächtig funktionierende Spülvorrichtung betrachten und das alles als eine Errungenschaft neuzeitlicher Kultur ansprechen, so befinden wir uns in einem Irrtum. Wie Ben Akiba sagt, ist alles schon einmal dagewesen, und er hat recht. Schon im Rom der Kaiserzeit, sowie in jenen Großstädten, denen die römische Welt Herrschaft ihren kulturellen Stempel aufdrückte, gab es Aborte, die in ihrer Ausstattung auf der gleichen luxuriösen Stufe standen wie die Babehäuser, von denen ein jeder schon einmal eine Abbildung gesehen haben dürfte. Künstler im Bau gigantischer Wasserleitungsanlagen, gab es für die Römer keine Schwierigkeiten, die Aborte in den besseren Häusern und Palästen mit fließendem Wasser auszustatten. Ein Sitz aus würfelförmig aufgestellten Marmorplatten, dessen gemauertes Boden von ständig fließendem Wasser überspült wurde, ein marmornes Siphon und als oberer Abschluß des Würfels und das Ganze in einem mit prächtigen Mosaiken und Säulen geschmückten Raume. Unverständlich, warum diese Mittelalter diese hygienische Einrichtung nicht nachahmte oder nicht nachzuahmen vermochte, so daß sie, wie unendlich viele andere kulturelle Institutionen und Erfindungen aus der Antike, verloren ging.

Mehr als primitiv war das „verschwiegene Dertchen“ der mittelalterlichen Burgen, das nichts anderes war als ein weiß ins Freie ragender Erker ohne Boden. Die Aussicht muß ja sehr schön gewesen sein, aber das war doch schließlich nicht der Zweck der Sache. Im Erfurter Schloß gab es freilich — o wehch Luxus! — eine richtige Kloake, die aber unglücklicherweise direkt unter einem großen Saale lag. Als hier im Jahre 1183 ein Reichstag abgehalten wurde, brachen unter der Last der Menschen die den Boden tragenden Balken, und eine Menge Fürsten und Paladine stürzten in den unerfreulichen, nicht gerade appetitlichen Untergrund.

In den Städten benutzte man gemeinhin den Nachstuhl und jenen ominösen, Nachtopf genannten Gegenstand, den man der Einfachheit halber kurzerhand zum Fenster heraus auf die Straße entleerte. Der Zustand der Pariser Straßen zum Beispiel muß den überlieferten Berichten zufolge noch um das Jahr 1780 einfach furchtbar gewesen sein, so daß endlich die Polizei einschritt und zur Empörung der Bürger die Entleerung der Geschirre aus den Fenstern streng verbot. Berlin ging zeitlich mit einem derartigen Verbot voraus.

Auch in den französischen Schlössern, deren Prunk und Pracht an das Phantastische grenzt, muß es in dieser Hinsicht schrecklich hergegangen sein. Von so manchem französischen König wird berichtet, daß er vergeblich bemüht war, wenigstens geringe Reinlichkeit und halbwegs annehmbare Luft in seinem Domizil zu haben. Erst im Jahre 1695 wurden im Pariser Louvre Nachstühle eingeführt. Das fand man nun aber wieder so luxuriös und schön, daß mancher der königlichen Prinzen seine Hoflinge und Abordnungen einschließlich der Damen auf einem solchen Nachstuhle sitzend empfing.

Selbstverständlich sah es in den Berliner und Münchener Schlössern zum Beispiel auch nicht anders aus, da Aborte nicht vorhanden waren und erst in neuerer Zeit eingebaut werden mußten. In den Geseßzimmern des friderizianischen Schloßes Sanssouci — links und rechts vom Hauptbau — kann man noch heute die unhygienischen Nachstühle sehen, die in einem Versteck untergebracht sind.

Ja, ja, sogar das „verschwiegene Dertchen“ hat seine Geschichte.

\*\*\*\*\*

## Gespräch.

„Wenn Sie nicht so viel rauchen würden, würde Ihnen der Häuserblock da gehören.“

„So. Sie rauchen wohl nicht?“

„Nein.“

„Gehört Ihnen der Häuserblock?“

„Nein.“

„Aber mir.“

## Was ist paradox?

Wenn ein Parkterrebaun stockt.

Wenn ein Lärtschuß gegen Diebe klemmt.

Wenn einer blau ist und grient.

Wenn einer im Keller wohnt und nicht recht im Oberstübchen ist.

Wenn der Arzt einen Maurer Kalk verordnet.

2.6.  
47,2  
28,0  
37,7  
48,9  
34,5  
38,6  
48,1  
47,6  
52,6  
47,9  
25,1  
34,7  
28,3  
25,2  
46,5  
39,5  
37,5  
33,3  
50,7  
40,83



her. Entgegen den Unfallverhütungsvorschriften führen mehrere Starkstrom führende Kabel unmittelbar an der Arbeitsstelle vorüber. Ein 600 Volt Spannung führendes Kabel lag nur knapp 20 bis 30 cm von der Mauer entfernt, auf der eine Anzahl Bauarbeiter beschäftigt wurden. Die Unfallverhütungsvorschriften der Bauberufsgenossenschaft sehen in diesem Falle eine Entfernung von 2,50 Meter und sichere Isolierung vor. Der Maurer M. Timmermann aus Grave, der mit dem Verlegen von Sandsteinen beschäftigt war, kam der Leitung zu nahe und erlitt so schwere Verletzungen, daß er binnen 10 Minuten verschied. — In unerhöht frivoler Weise ist hier mit Menschenleben gespielt worden. Wiederholt mußte bei der Firma, wo ein übliches Antreiberystem in höchster Blüte steht, festgestellt werden, daß sie für Schutz und Leben der Bauarbeiter nichts übrig hat. Erst vor 14 Tagen ist nur mit knapper Not ein Schloßer in einer ähnlichen Lage dem Tode entgangen. Auch damals war die Ursache eine defekte Isolierung der Kabel. — Ein paar lumpige Pfennige vorausgabe für die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen, und der trauernden Familie wäre der Ernährer erhalten geblieben. Aber das schadet dem dreimal geheiligten Profit. Kollegen! Euch mahnt auch dieser schwere Unfall wieder zur Stärkung eurer Organisation. Verschafft ihr immer größeren Einfluß, damit man nicht mit eurem Leben Schindluder treiben kann!

## Allgemeine Rundschau

**Karl Thiemig 25 Jahre Verbandsangestellter.** Am 1. Juli war Karl Thiemig, einer der Vorstehenden des Verbandes der Fabrikarbeiter, 25 Jahre Angestellter des Fabrikarbeiter-Verbandes. Schon frühzeitig, als Achtzehnjähriger, schloß er sich im Jahre 1895 der Gewerkschaftsbewegung an, zuerst als Textilarbeiter dem Textilarbeiter-Verband. Dort war er schon als Neunzehnjähriger ein sehr eifriger Funktionär. Als er 1898 nach Dresden übersiedelte, trat er zum Fabrikarbeiter-Verband über und war bald dort sowie auch in der politischen Arbeiterbewegung sehr aktiv tätig. Noch in dem gleichen Jahre wurde er als ehrenamtlicher Leiter der Zahlstelle Dresden gewählt. Als die Zahlstelle nicht mehr im Nebenamt geführt werden konnte, wurde er als Geschäftsführer gewählt. 1911 wurde er als Sekretär des Hauptverbandes gewählt und der Verbandstag 1920 in Hannover berief ihn als Vorstehenden des Verbandes. Karl Thiemigs Leben ist ein zähes Ringen mit dem proletarischen Schicksal. Möge ihm noch ein langes Wirken vergönnt sein zum Wohle des Fabrikarbeiter-Verbandes und der gesamten deutschen Arbeiterbewegung.

**Vermittlung von Bauarbeitern nach Frankreich.** Nach Mitteilung des Präsidenten des Landesamtes Südwestdeutschland sind im Mai vom Arbeitsamt Kehl 175 deutsche Bauarbeiter nach Frankreich vermittelt worden. Darunter befanden sich 81 Maurer, Puffer und Gipser, 23 Zimmerer, 64 Bauhilfs- und Erdbauarbeiter, 4 Maler und 3 Glaser oder Angehörige anderer einschlägiger Berufe.

**Erneute Geldverbilligung.** Die Reichsbank hat mit Wirkung vom 20. Juni ihren Diskontsatz auf 4% herabgesetzt. Das ist die sechste Diskontsenkung in diesem Jahr. Die Wirtschaftslage erhält durch diese rasche Verringerung des offiziellen Zinssatzes eine treffende Beleuchtung. Nur in Zeiten außergewöhnlicher Konjunktur und rückgängiger Preissätze ist eine solche rasch wechselnde Festsetzung des Reichsbankdiskonts möglich. Zurzeit wird das deutsche Noteninstitut derartig wenig in Anspruch genommen, daß der Bestand an Handelswechseln nur rund 1,5 Milliarden beträgt. Die Reichsbank wäre zurzeit in der Lage, etwa 3% Milliarden Mark ausleihen zu können, ohne irgendwie mit ihren Deckungsvorschriften in Konflikt zu geraten. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen beträgt 71,1%. — Wir befürchten, daß auch die abermalige Verbilligung der Geldsätze auf die Wirtschaft ohne Einfluß bleiben wird.

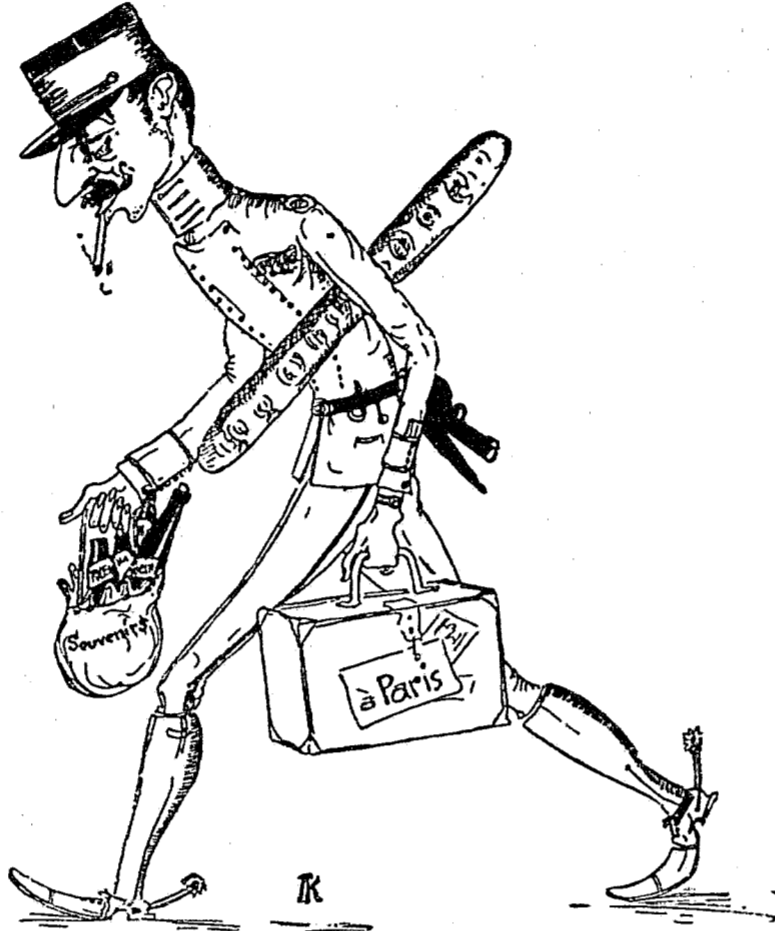
**Das Rheinland geräumt.** Am 30. Juni hat der letzte Besatzungssoldat das Rheinland verlassen. Diese Tatsache, die wir im Interesse des Völkerefriedens und der Verständigung sehr begrüßen, veranlaßt die Patentpatrioten zu überschwenglichen Reden. Das sind dieselben Leute, die noch vor wenigen Jahren behaupteten, daß die Erfüllungspolitik nicht zum Ziele führen würde, und freiwillig die

Franzosen niemals deutschen Boden wieder freigeben würden. Die Erfüllungspolitik hat es aber nun doch geschafft, daß das Rheinland lange vor dem im Versailler Vertrag vorgesehenen Termin geräumt worden ist. Wir freuen uns dieses außenpolitischen Erfolges. — Die Befreiung des Rheinlandes weckt Erinnerungen an seine Besetzung und an die Besetzung des Ruhrgebietes, wo sich wieder zeigte, daß „der ärmste Sohn auch Deutschlands treuester“ war. Nicht die Herren Thießen, Krupp usw.,

## Je mehr Mittel, je mehr Kraft!

Für die Woche vom 29. Juni bis 5. Juli ist der 27. Bundesbeitrag für 1930 zu zahlen.

die sich mit gemacht „nationaler“ Geste vor französischen Kriegsgerichten verantworteten, haben wirkliche Opfer gebracht. Sie haben keine Not gelitten. Sie sind unter der Ehrenbezeugung französischer Offiziere vor die Kriegsgerichte vorgefahren, sie wurden behandelt als gesellschaftlich Gleiche, als Bourgeoise. Wirkliche und große Opfer haben die Arbeiter, Angestellten und Beamten gebracht, die sich weigerten, sich im Dienste herrschäftiger Militärs gegen Deutschland gebrauchen zu lassen. Groß war die



à Paris!  
General Guillema's Abmarsch.

Zahl derer, besonders beim passiven Widerstand während der Ruhrbesetzung, die Haus und Familie verlassen mußten und unter bescheidensten Umständen und Verhältnissen im unbefestigten Gebiet fern von der Familie leben mußten. Aber auch manche Familien des werktätigen Volkes wurden vertrieben. — Nun, da das Rheinland frei geworden ist, wird der Verständigungsgedanke weiter propagiert werden. Dazu sind nicht berufen jene bürgerlichen Prozentpatrioten, die in diesen Tagen den Mund so voll nehmen, sondern in erster Linie die Arbeiterschaft und jene paar Leute aus dem Bürgerum, die sich zum Gedanken der Völkerverständigung bekennen.

**Egon Wandmann.** In der Nummer 23 des „Wirtschaftsdienst“ vom 6. Juni läßt sich abermals Egon Wandmann vernehmen, mit dessen Vorschlägen wir uns bereits in Nr. 21 des „Grundstein“ beschäftigt haben. Wandmann ist von den Vorschlägen des Vorstandes der Reichsanstalt nicht erbaut, nicht etwa, daß sie ihm zu unsozial sind, im Gegenteil! Er bezeichnet die weitgehenden Abbaumaßnahmen als „unzulängliche Reformen der Arbeitslosenversicherung.“ Wandmann macht weiter in Pseudo-Sozialpolitik, die dem

wütendsten Sozialreaktionär gutes Rüstzeug sein würde. Wandmann ärgert sich darüber, daß seine Vorschläge nicht vom Vorstand der Reichsanstalt übernommen worden sind und nimmt sich auch bei dieser Gelegenheit wieder die Saisonarbeiter vor. Er weiß zwar, daß schon durch die Vorschläge des Reichsanstaltsvorstandes etwa ein Drittel der Erwerbslosen keine volle Anwartschaftszeit, das heißt 52 Wochen Beschäftigung, aufweisen können und somit in eine niedrigere Lohn- und Unterstützungsstufe kommen würden. Aber die Mißhandlung dieses einen Drittels Anspruchsberechtigter geht ihm nicht weit genug. Schließlich scheint ihm die Zurücksetzung des einen Drittels noch erträglich, aber „bei einem Saisonarbeiter dagegen ist von vornherein damit zu rechnen, daß er für einen Teil des Jahres arbeitslos sein wird und eben deswegen liegt hier weder ein gutes noch ein schlechtes Versicherungsrisiko vor, sondern es handelt sich überhaupt nicht mehr um eine Versicherung... Die Saisonarbeiter erhalten, abgesehen von ihren höheren Tariflöhnen, nach wie vor eine Subvention, die in Zeiten guter Arbeitsmarktlage zu Lasten der Mitversicherten, in Depressionszeiten zu Lasten des Reiches geht. Durch diese Belastung der W. mit einem nicht zu rechtfertigenden Subventionssystem wird die Fähigkeit der Reichsanstalt, bei echter Arbeitslosigkeit helfend einzugreifen, entscheidend herabgemindert und eben deswegen muß vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit der volle Ausschluß der Saisonarbeiter aus der W. gefordert werden. Von allen Stellen wird das Ersuchen an die Reichsregierung zu richten sein, die Vorschläge über die Anwartschaftszeit elastischer zu formulieren und an dem vollen Ausschluß der Saisonarbeiter festzuhalten.“ Wandmann fordert also den vollen Ausschluß der Saisonarbeiter. Er bedauert unter anderem ferner, daß der Unterstützungsanspruch Jugendlicher nicht erst mit der Vollendung des 25. Lebensjahres, sondern schon mit dem 17. Lebensjahr gegeben sein soll. Solche und ähnliche Ausführungen sind Bestandteil Wandmannscher Sozialpolitik, die wiederum beweisen, daß er mit seinen Anschauungen dem schärfsten Sozialreaktionär erfolgreich Konkurrenz machen könnte. — Seitdem diese Notiz geschrieben worden ist (sie ist lediglich durch ein Versehen unserer Druckerei nicht schon im „Grundstein“ erschienen) befindet sich der Auch-Sozialist, der es verstand, in Hamburg eine Rolle als Sozialpolitiker zu spielen, in vollem Sturze. Der Ortsauschuß Hamburg des AOB hat sich mit den „Reformvorschlägen“ des Herrn Egon Wandmann beschäftigt und Herr Wandmann von der gewerkschaftlichen Referentliste gestrichen. Wir wollen hoffen, daß Herr Egon Wandmann im hohen Bogen aus dem Hamburger Sozialdemokratischen Verein der SPD, in die sich dieser Auch-Sozialist hineinzuschleichen verstand, herausfliegt.

## Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Vom 20. bis 26. Juni haben folgende Bauwerkstätten Gelder an die Bundeskasse gesandt: Ulfeld 400, Ahrensböck 100, Annaberg 1000, Amberg 140, Buer 300, Burgstädt 1500, Bernburg 200, Bausen 550, Batersbronn 150, Burg b. M. 7,95, Crimmitschau 1000, Celle 500, Cammin 350, Crivitz 7, Corbach 300, Castellane 2000, Coburg 500, Darmstadt 1500, Dargun 100, Demmin 400, Schwewe 500, Eisenach 500, Eichhof 100, Frankfurt/M. 2054,65, Falkenburg 17, Greifenhagen 200, Görlitz 1000, Guben 600, Greifswald 250, Hersfeld 200, Hagenow 120, Hameln 1000, Harlesfeld 150, Köthen 500, Kröpelin 100, Klitz 200, Köslin 1000, Kreuznach 250, Lemberg 700, Lützenburg 100, Lauenburg/Elbe 400, Lössau 500, Landsberg/W. 450, Langensalza 286,50, Laage 85, Mülheim 679,92, Mainz 200, Marburg 600, Meiningen 500, Malchin 150, Mühlhausen 200, Meldorf 52, Naugard 170, Neumünster 500, Nordenham 400, Neuruppin 400, Neudorf 500, Neubrandenburg 180, Neustettin 300, Osterode 400, Oldenburg i. O. 1000, Oldenburg i. S. 200, Pappenheim 350, Plafbe 170,35, Plauen i. V. 3000, Quickborn 100, Regensburg 1300, Reußlingen 1000, Stendal 900, Straßund 300, Stolp 1000, Sonneberg 300, Schneidemühl 550, Spremberg 2000, Sagan 300, Schivelbein 250, Sülze 180, Star-



**Die moderne Carmen**

heißt in unseren Cigarettenfabriken

**OVA-MÄDCHEN**

denn ihre Cigarette ist die

**REEMTSMA CIGARETTE**

**OVA**

„Anderer Format“

**5 Pf.**

